

Reiche sollen bezahlen – nicht die „kleinen“ Leute

Die Wirtschaftskrise verschärft sich von Monat zu Monat. Es droht die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Über eine Million Arbeitsplätze sind in Gefahr, mehr als die Hälfte durch Firmenpleiten. Während viele Leiharbeiter/innen schon nach Hause geschickt wurden und häufig arbeitslos sind, machen immer mehr Beschäftigte Erfahrung mit Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Bei der Bankenrettung mit knapp 500 Milliarden Euro war die Regierung im Oktober 2008 schnell. Beim Rettungsschirm für Arbeitsplätze wurde aber wieder geknauert. Gerade einmal vier Milliarden Euro war dies Merkel und Steinbrück wert. Zu Beginn des Jahres 2009 wollen sie endlich ein Konjunkturprogramm von 20 bis 25 Milliarden Euro auflegen. Alles zu spät und auch viel zu klein dimensioniert. Merkel und Steinbrück verkennen den Ernst der Lage.

Unsere Enteignung – eine wesentliche Ursache der Krise

Die Wirtschaftskrise wird durch den Zusammenbruch der Finanzmärkte erheblich verschärft. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte sind die Reallöhne im letzten Aufschwung nicht gestiegen. Viele Beschäftigte haben sogar weniger im Geldbeutel als 2003. Die Agenda 2010 hat viele Menschen gezwungen zu Hunger- und Niedriglöhnen zu arbeiten. Viele Erwerbslose wurden systematisch verarmt. Rentnerinnen und Rentnern wurden Rentenerhöhungen vorenthalten. Alles ein riesiger sozialpolitischer Skandal! Mit verheerenden wirtschaftspolitischen Folgen. Die Binnennachfrage wurde weiter geschrumpft. Und durch die Steuergeschenke an Reiche hat die Regierung immer neue „Sachzwänge“ geschaffen, um unsere Daseinsvorsorge zu verschlechtern und so ebenfalls die Binnennachfrage beschnitten.

Dagegen sind die Gewinne und Vermögen der Reichen in unvorstellbarem Ausmaß in die Höhe geschossen. In den letzten zehn Jahren sind die arbeitenden Menschen um eine Billion Euro enteignet worden. Einkassiert haben sie Reiche und Vermögende. 500 Milliarden zu Lasten der Löhne und 500 Milliarden durch Steuergeschenke des Staates. Große Teile dieser Gelder sind nicht in Anlagen oder gar Arbeitsplätzen investiert, sondern auf den internationalen Finanzmärkten angelegt worden. Renditeversprechungen von 15 bis 25 Prozent waren zu verlockend.

Die Zeche dieser Politik sollen die Beschäftigten, Renter/innen und Erwerbslosen bezahlen. Nach der Bundestagswahl droht die Agenda 2020; Sozialabbau in ungekannter Größenordnung. Dies droht, wenn wir nicht jetzt Gegenwehr organisieren!

Grundlegender Politikwechsel und organisierte Gegenwehr

DIE LINKE kämpft für einen grundlegenden Politikwechsel. Nicht nur im Parlament, sondern sie ruft dazu auf, diesen Kampf auch auf der Straße zu führen.

„Wir bezahlen nicht für Eure Krise“

– bundesweite Demonstrationen
in Frankfurt und Berlin am 28. März 2009 –
wir fahren mit.

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Das sind unsere wichtigsten Eckpunkte zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise:

- 1. Zukunftsinvestitionsprogramm** für soziale Dienste, Infrastruktur und den ökologischen Umbau. Hierfür sind jährlich 100 Milliarden Euro einzusetzen. Damit können zwei bis drei Millionen tariflich abgesicherte und sinnvolle Arbeitsplätze in Kinderbetreuung, Schule, Bildung und Wissenschaft, energetische Sanierung des privaten und öffentlichen Gebäudebestandes, Gesundheits- und Sozialwesen und Verkehr geschaffen werden.
 - **Keine Lohnsenkungen sondern Realloohnerhöhung:** Austrocknung des Hunger- und Niedriglohnsektors durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro mit schneller Erhöhung auf 10 Euro; Zurückdrängung und Beseitigung von Mini-Jobs, Befristungen und Leiharbeit.
 - **Die Hartz IV-Regelsätze sind anzuheben**, im ersten Schritt auf mindestens 435 Euro. Ziel der LINKEN bleibt weiterhin die Abschaffung von Hartz IV.
 - **Wiederherstellung der alten Rentenformel:** Kampf gegen Altersarmut. Nachzahlung vorenthaltener Rentenerhöhungen. Und es gilt: Die Rente mit 67 muss weg.
- 2. Profiteure zur Kasse – Millionärsteuer:** Umsetzung des steuerpolitischen Konzeptes mit Mehreinnahmen von 160 Milliarden Euro. D.h.: Einführung einer Millionärsteuer von 5 Prozent, deutliche Erhöhung der Unternehmenssteuer, Absenkung der Steuer für niedrige und mittlere Einkommen bei gleichzeitiger Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf bis zu 60 %, Erhöhung der Erbschaftsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer und weiteres mehr.
- 3. Öffentliche Kontrolle über die Banken:** So wie die Sparkassen bereits heute in öffentlicher Kontrolle sind, muss dies für alle Banken gelten. Das Casino muss geschlossen werden! Das heißt unter anderem Verbot von Leerverkäufen, außerbilanziellen Zweckgesellschaften, Derivaten, Hedge-Fonds, Trockenlegung der Steueroasen, Kapitalverkehrskontrollen, usw.
- 4. Mehr Demokratie und politisches Streikrecht:** Es muss Schluss sein mit der blindwütigen Herrschaft, ja Anarchie der Finanzmärkte. Mehr Demokratie, Wirtschaftsdemokratie ist Voraussetzung für die Neugestaltung unserer Gesellschaft. Einführung des politischen Streikrechts wie in anderen europäischen Ländern. Wir dürfen jetzt nicht zuschauen, wie erneut Politik zu unseren Lasten betrieben wird. Wir wollen uns dagegen wehren, dass die Krisenlasten erneut auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Deshalb wird DIE LINKE in und außerhalb des Parlaments für einen grundlegenden Politikwechsel kämpfen. DIE LINKE wird auch mit allen Kräften unterstützen, dass Gegenwehr auf der Straße und in den Betrieben organisiert wird.